



CDU-Fraktion im Beirat Borgfeld

BREMEN-Borgfeld, den 26.08.2025

Antrag der Beiratsfraktion der CDU

### **ANTRAG zur Schaffung von 3,5 Stellen für das Freizi in Borgfeld**

**der Beirat Borgfeld möge beschließen:**

**Der Beirat Borgfeld fordert die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration der Freien Hansestadt Bremen auf, 3,5 Sozialarbeiterstellen im Freizi in Borgfeld einzusetzen, um dort die Öffnungszeiten und das Betreuungsangebot zu erweitern bzw. um so die gesetzlichen Vorgaben für eine Jugendeinrichtung zu erfüllen.**

#### **Begründung:**

Bei den Plänen zur Vorstellung des Flüchtlingswohnheims (Borgfelder Landhaus) wurde mitgeteilt, dass für die Betreuung der Flüchtlingsunterkunft 3,5 Stellen bereitstehen würden. Ursprünglich sollte das Flüchtlingswohnheim längst stehen, so dass die Stellen derzeit „frei“ sein müssten. Mit den Bauarbeiten für das Flüchtlingswohnheim wurden bis heute nicht begonnen. Gegen die Baugenehmigung wurde von den Nachbarn Widerspruch erhoben und die FDP hat eine Anfrage bzgl. der Zulässigkeit des Vergabeverfahrens und der Einhaltung der Bauvorschriften gestellt, so dass in den Sternen steht, ob das Gebäude jemals gebaut wird.

In Borgfeld haben wir in den letzten Wochen/Monaten das Problem, dass viele Jugendliche sich abends/nachts auf dem Schulhof der alten Borgfelder Grundschuld, im Ratsspielerpark oder am Kreuzdeich in der Wetterschutzhütte treffen. Auf Grund der größeren Ansammlungen von Jugendlichen kommt es in diesem Zusammenhang zu entsprechenden Lärmbelästigungen in der näheren Umgebung. Hierfür war ursprünglich einmal das Freizi vorgesehen bzw. gebaut worden, um ein entsprechendes Angebot den Jugendlichen zu unterbreiten.

Mit den 3,5 Stellen könnte das Freizi in Borgfeld die Öffnungszeiten erheblich ausweiten und insbesondere in den Abendstunden einen entsprechenden Anlaufpunkt für die Jugendlichen bieten. Leider hat die jährliche Personalreduzierung in den letzten 10 Jahren durch die senatorischen Behörden dazu geführt, dass das Freizi lediglich 3 x in der Woche für lediglich ein paar Stunden geöffnet werden kann, so dass der gesetzlich vorgesehene Anlauf-/Treffpunkt für Jugendliche nicht wirklich gegeben ist und durch die zur Verfügungstellung der bereits bewilligten und eingeplanten 3,5 Stellen für dieses Jahr für das Flüchtlingswohnheim, könnten diese im Freizi eingesetzt werden, um den Jugendlichen das mit dem Freizi ursprünglich vorgesehene Angebot zu ermöglichen.

Hierbei verweisen wir auf § 11 BremKJFFöG:

## **§ 11 Einrichtungen und Maßnahmen der offenen und stadtteilbezogenen Jugendarbeit (Bremisches Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz (Brem-KJFFöG))**

(1) Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben die Aufgabe, die offene Jugendarbeit öffentlicher und freier Träger zu fördern und bedarfsgerecht abzusichern. Hierzu zählen neben den stadtteilbezogenen Einrichtungen und Maßnahmen auch zentrale, cliquen- oder szenebezogene Angebote.

(2) In kleineren Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit im Einzugsbereich eines Wohngebiets stehen das ehrenamtliche Engagement und das Selbsthilfepotential junger Menschen im Vordergrund. Die Errichtung und das Betreiben von kleineren Jugendeinrichtungen sollen gefördert werden, soweit hierfür nach Maßgabe der Jugendhilfeplanung ein Bedarf besteht.

(3) Größere Einrichtungen der stadtteilbezogenen Jugendarbeit haben die Aufgabe, Kindern und Jugendlichen in ihren Einzugsbereichen Freizeit-, Bildungs- und Hilfeangebote zu machen, die ihre Eigeninitiative, Selbständigkeit und gesellschaftliche Integration fördern. Sie erfüllen folgende Funktionen:

1.

Bereitstellung und Schaffung von Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitwirkung an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen,

2.

**Angebote von geschützten, nichtkommerziellen und wenig verregelten Räumen als Treffpunkt für Gleichaltrige und als Orte für Jugendkultur- und Freizeitaktivitäten,**

3.

Bereitstellung von niedrigschwelliger und jugendspezifischer Unterstützung zur eigenverantwortlichen Lebensbewältigung.

(4) Jungen Menschen, die sozial benachteiligt oder von Ausgrenzungen bedroht sind, sollen zur Förderung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten und ihrer sozialen Integration Maßnahmen und Projekte der sozialpädagogischen Gruppenarbeit oder der aufsuchenden Jugendarbeit angeboten werden.

Jens Burghardt und die CDU-Fraktion Beirat Borgfeld